

Ansichten zur Geschichte der DDR.
Band 6: Wirtschaft.

Im Auftrage der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag herausgegeben von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek.

Mit Beiträgen von H. Wolf, S. Wenzel, S. Burmester, W. Maier, W. Halbritter, H. Watzek, G. Schürer, Verlag Matthias Kirchner Eggersdorf 1996, 415 S. (16,50 DM)

Was dieses Buch für alle, die sich für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, für die vertanen Chancen und für die Gründe ihres schließlichen Untergangs interessieren, so unentbehrlich macht, ist die hohe Kompetenz ausnahmslos aller Autoren in den Dingen, die hier behandelt werden. Sie tragen aus der Innensicht auf das Wirtschaftssystem, die ihnen ihre zum Teil sehr verantwortlichen Positionen in der Wirtschaftsleitung der DDR ermöglichte, eine Fülle an wichtigen Tatsachen, Beweggründen zusammen, die von anderen wohl kaum zu erfahren wären. Ihre heutige Sicht auf diese Entwicklungen, ihre Überlegungen und Wertungen sind natürlich von größtem Interesse.

Nicht nur die Autoren dieses Buches schenken aber einem Umstand so gut wie kein Augenmerk, der für das Verständnis der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der früheren sozialistischen Länder, die dem sowjetischen Modell folgten, von geradezu ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist: dem Dauermangel, dem anhaltenden Marktungleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlicher zahlungsfähiger Nachfrage und dem permanent zurückbleibenden Angebot an Waren und Dienstleistungen, den dadurch verursachten Anspannungen in den materiellen Verflechtungen in der Wirtschaft, die sie in einen »hartleibigen Organismus« verwandelten, unelastisch, für Neuerungen wenig aufnahmefähig und -willig.

Die bürgerliche ökonomische Theorie hat Jahrzehnte gebraucht, bis sie das von Marx behandelte Marktgleichgewicht der kapitalistischen Wirtschaft – das anhaltende

Zurückbleiben der zahlungsfähigen Nachfrage hinter dem Angebot – überhaupt nur nachsprechen konnte; erst John Maynard Keynes hatte dies Mitte der dreißiger Jahre überhaupt zugegeben und damit eine Revolution in der bürgerlichen ökonomischen Theorie verursacht.

Das entgegengesetzte Marktgleichgewicht in den sozialistischen Planwirtschaften ist vor allem von János Kornai, einem ungarischen Ökonomen, analysiert und in seinem Buche »Ökonomie des Mangels« (Amsterdam 1980, engl.) dargelegt worden. Aber auch zu DDR-Zeiten war frühzeitig manches zu diesem Thema erfahren. Im Heft 7/1975 der Zeitschrift »Einheit« zum Beispiel war zu lesen: Das Zurückbleiben des Angebots hinter der zahlungsfähigen Nachfrage, die »Disproportionen, überzogenen Anspannungen in den materiellen Verflechtungen zählen zu den Hauptursachen, die den Intensivierungsprozeß, die Effektivitätssteigerung objektiv behindern: sie begünstigen nicht den Einsatz des optimalen Materials, sondern dessen, das vorhanden ist; sie wirken nicht auf die im volkswirtschaftlichen Interesse günstigste Bestandhaltung hin, sondern stimulieren die Hortung; sie verursachen ein Übermaß an operativem Verwaltungsaufwand und verleiten zur Vernachlässigung perspektivischer Fragen der Wirtschaftsentwicklung; sie führen zur Verzögerung der Investitionsfristen und der Überleitung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse; sie verursachen Überstunden und gleichzeitig Ausfallzeiten; sie verringern das Interesse am wissenschaftlich-technischen Fortschritt überhaupt; sie verursachen eine gewissen Tendenz zur »Selbstversorgung« der Betriebe – zur Eigenfertigung von Normteilen beispielsweise – und behindern auf diese Weise die Herstellung rationeller arbeitsteiliger Beziehungen«. Aber nur in einem Lande, eben in Ungarn, ist dieser Umstand von der Wirtschaftspolitik zum Teil, zumindest von der herrschenden ökonomischen Theorie aufgenommen worden, in der DDR und m.W. auch in der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft war das eben nicht der Fall. Dieses Versäumnis einzugestehen, ist einfach überfällig.

Hier soll es nicht um Meinungsverschiedenheiten theoretischer Art gehen, sondern um

ein paar elementare Tatsachen und damit zusammenhängende Fragen.

Herbert Wolf, einer der geistigen Väter des Neuen Ökonomischen System in der DDR, seziert mit scharfem Skalpell die politischen Strukturen der DDR, die diese zentralistische Kommandowirtschaft verursachten und deren verhängnisvolle Konsequenzen. Er bleibt aber weitgehend im Bereiche des Politischen und geht auf die Verschränkungen von politischem Zentralismus und den damit zusammenhängenden eigenartigen Interessenstrukturen wenig ein. So heißt es zum Beispiel, daß die Produktionsfondsabgabe (eine Art Zins auf das betriebliche Anlage- und Umlaufvermögen) zu spät eingeführt wurde. Aber wer hätte damals nicht gewußt, daß diese Steuer kaum eine Wirkung haben wird, solange dieses Marktgleichgewicht besteht. Ich war in den Jahren 1964 und 1965 in einer Arbeitsgruppe, die das Experiment Produktionsfondsabgabe in einer größeren Zahl von Betrieben vorbereitete, in seinem Verlaufe analysierte, seine Ergebnisse auswertete, und erinnere mich deutlich daran, was ich auf die zahlreichen Einwürfe, die Produktionsfondsabgabe habe praktisch keine Wirkung, erwiderte: Natürlich hänge diese Wirkung vom betrieblichen Interesse am Nettogewinn (Gewinn minus Produktionsfondsabgabe) ab. Man müßte, wenn man sich mit einem Ausschnitt des NÖS befasse, immer voraussetzen, daß auch seine Umgebung, daß das gesamte System, einigermäßen funktioniere. Wollte man aber darauf warten, brauchte man auch nicht anzufangen. Auch alle Mühen um die Einführung dieser Steuer, die ein betriebliches ökonomisches Interesse an der rationellen Nutzung des betrieblichen Vermögens auslösen sollte, geschahen in der Hoffnung darauf, daß diese Mangelwirtschaft ein Ende finden könnte. Das ist aber nie gelungen. Wie hoch hätte denn der Prozentsatz der Produktionsfondsabgabe sein müssen, um einen Betrieb davon abzuhalten, bei unsicherer Versorgung alles das dann zu kaufen und zu bevorraten, was er brauchen konnte, wenn er es bekam, statt nur zu kaufen, wenn er etwas brauchte? Die Störungen im Produktionsfluß hätten in der Regel viel größere Schäden verursacht als diese Abgabe auf »überreichliche« Vorräte.

Das betrifft natürlich das gesamte Lenkungssystem. Es fehlt in dem Buche einfach der Satz, daß die Beseitigung des Dauer mangels, der Mangelwirtschaft und der Mechanismen, die sie hervorbrachten, Voraussetzung für jede ernsthafte Wirtschaftsreform gewesen wäre. Das verordnete Wirtschaftsmodell kann sein wie es will; es möge zum Beispiel vorsehen, daß nicht die Produktionsmenge, sondern der Gewinn (und damit auch die Kostensenkung) das ausschlaggebende Ziel der Wirtschaftstätigkeit zu sein habe; und es mögen auch die betrieblichen Interessen, zum Beispiel durch entsprechende Bildung und Verwendung betrieblicher Fonds entsprechend ausgestaltet werden. Unter den Bedingungen einer Mangelwirtschaft wird das Mengenziel zwanghaft dominieren, weil es der objektiven Interessenlage der Betriebe entspricht: Mehr produzieren, die Dinge überhaupt und möglichst schnell bekommen – koste es, was es wolle! – ist dann das übergreifende Interesse sowohl der Abnehmer wie der Hersteller.

Walter Halbritter, über Jahrzehnte Leiter des Amtes für Preise und einer der engagiertesten und mutigsten Streiter für dieses NÖS, entwirft ein sehr detailliertes und zutreffendes Bild über dieses System in seiner Gesamtheit, wie es konzipiert war, auch der Kämpfe um seine Verwirklichung und der schließlichen Niederlagen. Aber stimmt es wirklich, daß ab 1. Januar 1964 die »Leitung der Industrie mit ökonomischen Mitteln« eingeführt war, daß es eine »immer breitere Anwendung des NÖS« gegeben hat? Das NÖS war, wie Helmut Koziolk und Herbert Wolf immer wieder und zu Recht betonen, ein mutiger Anlauf gewesen, eine ernsthafte Chance für ein effektiveres Wirtschaften, das von politischen Ursachen her gescheitert ist, richtiger: zum Scheitern gebracht wurde. Aber: Hat es in der DDR-Wirtschaft auch nur ein einziges Jahr gegeben, in welchem wirklich der Gewinn das wichtigste Kriterium der Leistungsbewertung gewesen wäre und nicht die Mengenkennziffer »Industrielle Warenproduktion«, die offiziell als Hauptkennziffer schließlich abgeschafft worden war; ein einziges Jahr nur, in welchem das Prinzip der Eigenerwirtschaftung – die Seele vom NÖS – wirklich gegolten hätte; war dies nicht auch das letzte

ökonomische Experiment, das mit der DDR erloschen war?

Diese Mangelwirtschaft war letztlich durch das politische System verursacht (und nicht durch eine bestimmte wirtschaftspolitische Variante dieses Systems). Ihre Reproduktion und ihre Wirkungen lassen sich aber nur aufhellen, wenn den Verschlingungen von politischer Struktur und durch sie bedingender Interessenstrukturen nachgegangen wird. Kann das Verhalten der Wirtschaftsleiter in der DDR wirklich ausreichend mit den allgemeinen Verhaltensmustern in bürokratischen Systemen erklärt werden, ohne die realen ökonomischen Interessen zu bedenken, die unmittelbar durch den Dauermangel verursacht waren und die diesen Mangel, den Zentralismus, wiederum reproduzieren mußten?

Muß nicht zum Beispiel nach zentralen Entscheidungen, nach Zuteilungen, geradezu gerufen werden, wenn Mangel einmal existiert? Und war dieser Mangel nicht sowohl die entscheidende Ursache für das Erlahmen der Antriebskräfte als auch zugleich eine der wichtigsten Antriebskräfte, das dieses System überhaupt hatte?

Siegfried Burmester gibt einen ausführlichen Einblick in einen Bereich wirtschaftlicher Tätigkeit, über den zu DDR-Zeiten in diesem Lande gar nichts zu erfahren war, über das verdienstvolle Wirken der Vermittler im Ost-West-Handel, die Mitarbeiter von DDR-eigenen Firmen im westlichen Ausland waren (nicht in der BRD, hier waren solche Firmen offiziell untersagt). Sehr ausführlich gibt er Berechnungen Sigrid und Harry Maiers über die steigende Diskrepanz zwischen den Kilopreisen westlicher und DDR-Exporte wider, die in der Tat aufschlußreich sind. Aber das eigentliche Problem, das genau auch mit seiner eigenen Tätigkeit zu tun hatte, erwähnt er nicht einmal: Der steigende Mindererlös für DDR-Erzeugnisse gleicher Parameter im Vergleich zu westlichen Exporten. Und diese Differenz betrug bei Werkzeugmaschinen zuletzt manchmal fünfzig Prozent! Die waren eben nicht durch technologische Unterlegenheit verursacht und hätten auch niemals durch technologischen Fortschritt behoben werden können. Sie waren durch den Dauermangel verursacht, durch den Zwang, gegen Devisen zu verkaufen – egal, mit welchem Gewinn

oder Verlust, Hauptsache, die Devisenmengen gingen ein!

In dem Beitrag von Wilfried Meier tritt uns das ganze Elend der DDR-Ökonomie entgegen, der realen Ökonomie wie der theoretischen. Dieses total überbürokratisierte Preisfestsetzungssystem sollte etwas mit objektiven ökonomischen Kategorien zu tun haben?! Mir war zwar zu DDR-Zeiten klar geworden, daß wir uns von dem Wust subjektiv konstruierter ökonomischer Hebel – von den »Stellvertretern«, »Surrogaten« – abwenden und den objektiven ökonomischen Kategorien – den »Originalen« (Preis, Kosten, Gewinn, Kredit, Zins) – zuwenden müßten; anders kämen wir nicht von dem Zustande weg, daß Gewinne auch »am Schreibtisch produziert« werden können. (Einheit 12/1973). Aber von der Idee der »planmäßigen Preisbildung«, die es ja nur in bestimmten Ausnahmefällen hätte geben dürfen, habe auch ich mich nicht verabschiedet. Das war ein schwerwiegender Fehler. Einen ähnlichen Satz hätte ich auch in dem Aufsatz von Wilfried Meier gern gelesen.

Diese »Festpreise«, das »Festhalten« der Preise, hatten zur Folge, daß Preisrelationen keine Informationen über Knappheitsrelationen geben konnten; sie waren die Voraussetzung »allgemeiner Verknappung« des Angebots gegenüber der Nachfrage, die elementare Voraussetzung für die Permanenz der Mangelwirtschaft.

Sehr aufschlußreich sind die Überlegungen Gerhard Schürers, des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, der wie kein anderer der DDR-Führung über die wirkliche Lage reinen Wein eingeschenkt hatte, über die wirtschaftliche Lage am Ende der DDR. Hier wird den Problemen der Außenverschuldung sehr viel Raum gegeben, die Binnenverschuldung aber nur als »Verschuldung« des Staatshaushalts gegenüber dem Kreditsystem genannt. Das eigentliche Problem – die »Verschuldung« der Gesamtwirtschaft gegenüber den Geldbesitzern aller Art, die Mangelwirtschaft –, die Tatsache, daß ein Ausweg aus der Krise Knappheitspreise verlangt hätte, eine gewaltige Preissteigerung mit entsprechender Senkung von Realeinkommen, welche die DDR politisch nicht überstanden hätte, wird nicht genannt. Hier

handelte es sich um andere Größenordnungen als um die Begleichung von Auslandsverpflichtungen, über deren Tragweite Gerhard Schürer ausführlich informiert.

Argumente für eine angeblich marode DDR-Wirtschaft und für ihre weitgehende Zerstörung sind das nicht. Im Gegenteil: Die schnelle Währungsunion ist ja gerade auch damit begründet worden, daß die sofortige Überwindung dieser Art von Marktungleichgewicht wesentlich zu den baldigen »blühenden Landschaften« führen werde. In Wahrheit kam nur eine andere Art von globalem Marktungleichgewicht: Das Zurückbleiben der Aufnahmefähigkeit des Marktes, der Massenkaufkraft letztlich, hinter den Produktionsmöglichkeiten und dadurch bedingte Massenarbeitslosigkeit.

HARRY NICK

János Kornai:
Unterwegs.
Essays zur wirtschaftlichen
Umgestaltung in Ungarn,
Metropolis Verlag Marburg 1996,
406 S. (58,00 DM)

János Kornai ist zweifellos einer der bekanntesten osteuropäischen Kritiker des realen Staatssozialismus, der insbesondere mit seinen Büchern »The Shortage Economy« (1980) und »The Socialist System. The Political Economy of Communism« (1992; dt. 1995) »Klassiker« zur wissenschaftlichen Analyse der Gesellschaften sowjetischen Typs verfaßt hat. Nach langen Jahren der ausdrücklichen Beschränkung auf den puristischen Anspruch wissenschaftlicher Untersuchung und Kritik staatssozialistischer Wirtschaftsstrukturen hat sich Kornai schließlich mit seiner engagierten Schrift »The Road to a free Economy« (1989/1990) angesichts der unmittelbar bevorstehenden radikalen Umwälzung der politischen Verhältnisse in Ungarn erstmals auf das diffizile Feld der »Politikberatung« vorgewagt.

Auch die vorliegenden acht Essays – derer es, wenn es nach manchen Fußnoten ginge,

zumindest neun oder nach Fußnote 68, S. 343, sogar elf sein müßten – sind diesem Bereich zuzuordnen. Sie thematisieren vor dem Hintergrund theoretischer Überlegungen im wesentlichen wirtschaftspolitische Fragen der Transformation in Osteuropa – insbesondere in Ungarn.

Bei den ersten vier Essays handelt es sich um weitgehend im Originaltext belassene und ins Deutsche übertragene Vorträge, die der Autor 1992 und 1993 gehalten hat. Im ersten – dem Erasmus-Vortrag der Europäischen Akademie 1992 – gibt Kornai einen Überblick zu den seiner Meinung nach wichtigsten Entwicklungstrends in der Transformationsperiode. Neben solchen wie die Herausbildung von Märkten, die Entfaltung des Privatsektors oder die Entwicklung parlamentarisch-demokratischer Institutionen, die sicherlich in diesem Zusammenhang kaum überraschen dürften, legt er besonderen Nachdruck auf ein wesentliches Phänomen der mittel- und osteuropäischen Transformation: die Reproduktion gravierender makroökonomischer Ungleichgewichte – eine Fragestellung, die ihn durch alle hier präsentierten Vorträge und Aufsätze hindurch beschäftigt. Der zweite Vortrag – 1992 auf der Plenarsitzung der American Economic Association gehalten – befaßt sich mit den Fiskalproblemen des ungarischen Staates im Spannungsfeld zwischen Staatsinterventionismus und Marktorientierung. Hier plädiert Kornai angesichts der unübersehbaren Funktionsdefizite der staatlichen Institutionen mehr oder weniger direkt zugunsten des Marktliberalismus – »wenn ich jedoch Zweifel habe, wem ich die Entscheidung überlassen sollte, einem schlecht funktionierenden Markt oder einem schlecht funktionierenden Staat ... rät mir mein Instinkt, den Markt zu wählen« (S. 45f.). Auch zwei andere schier unerschütterbare Glaubenssätze des János Kornai werden schließlich in diesem Zusammenhang – und später immer wieder – bemüht. Einmal geht es um die offenbar durchaus wünschenswerten selektiven Effekte entbundener Marktwirtschaft, die in eine quasi »natürliche Auslese« (S. 52) unter den Firmen münden und zum zweiten um die These vom verfrühten Wohlfahrtsstaat (vgl. S. 67) in Ungarn, wie in Mittel- und Osteuropa überhaupt. Der dritte

Vortrag – vom November 1992 an der Universität Stockholm – beschäftigt sich mit den Problemen finanzieller Disziplin im postsozialistischen System. Kornai verweist auf eine bereits zu Zeiten des Staatssozialismus entwickelte Tradition des Zurückweichens der Regierungen vor den Wohlstandsforderungen der Volksmassen und die daraus resultierende Staatsverschuldung sowie die Gewißheit für alle Arten von Unternehmen, daß der Staat sie auf keinen Fall Bankrott machen lassen werde. Neben der Anerkennung der Grundeinsicht, daß »der Markt nicht ›gerecht‹ ist« (S. 91), fordert er mehr Konsequenz im Staatshandeln und eine – für den realexistierenden Kapitalismus freilich ziemlich weltfremd anmutende – moralische Erneuerung auf seiten der Individuen: »Steuerzahler, zahlt eure Steuern!« (S. 75). Im vierten Vortrag – am Collège de France im Juni 1993 – analysiert Kornai die unvermeidliche »Transformationsrezession«, die nach seiner Meinung in der Natur des postsozialistischen Übergangs selbst begründet liegt. Wie von ihm eindrucksvoll gezeigt wird, bedingen sich Nachfrage- und Produktionsrückgang gegenseitig und verfestigen sich tendenziell. Die überbordenden sozialen Ansprüche an den Staat, der Rückgang der Investitionen bei den Unternehmen infolge schlechter Absatzchancen und unterlegener Konkurrenzfähigkeit, die Bedienung der Auslandsschulden usw., alles kennt nur eine Lösung – »die Wirtschaft muß auf einen Wachstumspfad gelenkt werden« (S. 141).

Die folgenden vier Essays sind Aufsätze, die erstmals in Deutsch vorliegen, die aber mindestens zum Teil bereits in verschiedenen englischsprachigen oder ungarischen Zeitschriften veröffentlicht wurden (mitunter ist dies freilich unklar – allein die Tatsache, daß offenbar später Fußnoten eingefügt wurden, läßt darauf schließen, daß auch die Beiträge ohne expliziten Publikationsvermerk keine Erstdrucke sind).

In seinem Aufsatz über die Beseitigung der Mangelwirtschaft schildert Kornai am Beispiel Ungarns den Prozeß des Übergangs von einer angebots- zu einer nachfragebeschränkten Ökonomie. Auch hier ist der Maßstab allein der, den die »reifen Marktwirtschaften« im Westen vorgeben. Daß das Problem des Mangels auch in kapitalistischen

Industrieländern keineswegs aus der Welt geschafft ist, kümmert Kornai nicht und hindert ihn auch nicht, das kapitalistische System pauschal als »Überschußwirtschaft« (S. 197) zu beschreiben. Offenbar ist die höchste erreichbare Form von sozialer Gerechtigkeit für Kornai die, den Mangel an diversen Produkten durch den allerdings nur scheinbar demokratischeren Mangel an Geld – dem geradezu emphatisch das Wort geredet wird – zu substituieren. Einzuräumen bleibt freilich, daß »Beschäftigungsgarantie und Arbeitsplatzsicherheit ... mit der Mangelwirtschaft zu Ende (gehen)« (S. 201). Im folgenden Beitrag wird das neoliberale Allheilmittel zur Herstellung ökonomisch-sozialer Stabilität in Transformations- wie entwickelten Marktgesellschaften überhaupt in den Mittelpunkt gerückt: »andauerndes Wachstum als höchste Priorität« (S. 207ff.). Hier zeigt Kornai dann auch, daß er zwar als belehrter, aber keinesfalls als bekehrter neoliberaler Ökonom gelten kann. Folgerichtig kapriziert er sich denn auch auf das Lohnniveau als vermeintlichen Hauptfaktor für die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Wachstum. Mit anderen Worten: die lohnabhängig Beschäftigten sollen durch vorseilendes einsichtiges Verhalten Vorleistungen erbringen, von denen sie nicht wissen können, ob sie dafür jemals einen Ausgleich erhalten. Die höchst zweifelhaften wirtschaftlichen Voraussetzungen, die einer Hoffnung auf »andauerndes Wachstum« zugrunde gelegt werden müßten, und die in diesem Zusammenhang dringend notwendige Reflexion ökologisch-sozialer Restriktionen sind für Kornai jedoch kein Thema, über das es sich ernsthaft nachzudenken lohnt. Die Debatte um ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell und der Transformationsdiskurs sind noch immer durch ein gigantisches System von Gräben und Mauern voneinander getrennt, und doch kann die zweite ohne die Durchsetzung des ersteren nicht gelingen! Der folgende Aufsatz befaßt sich mit den Dilemmata der ungarischen Wirtschaftspolitik im Spiegel des »Stabilisierungsprogramms« der reformsozialistischen Regierung, das am 12. März 1995 verkündet wurde. Vor dem Hintergrund gravierender makroökonomischer Problemlagen wiederholt Kornai seine bereits vorher ausgiebig explizierten Forderungen nach Sicherung

des außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen finanziellen Gleichgewichts und nach Ankurbelung des »Wachstums« – alles natürlich auf Kosten des »überdehnten Wohlfahrtsstaates« (S. 283). Schließlich bejubelt Kornai den »Bruch mit der Praxis des ständigen Eingehens auf Umverteilungsforderungen« (S. 282) und stellt offensichtlich befriedigt fest: »Die Arbeitsproduktivität ist gestiegen, während die Reallöhne gefallen sind« (S. 256). Im letzten Essay präsentiert Kornai »Die Rechnung für den Gulaschkommunismus« (S. 285ff.), deren Höhe vor allem dem Hang zur »Erhöhung der augenblicklichen Wohlfahrt« (S. 285) im Widerspruch zu den Erfordernissen der Akkumulation, dem realsozialistischen »paternalistischen Wohlfahrtsstaat«, dem »Gradualismus ungarischen Stils« und der postsozialistischen »Strategie des Durchwurstelns« (S. 286) geschuldet sein soll.

János Kornai, der sich selbst als theoretischer Eklektizist versteht (vgl. insbesondere S. 250), verfügt nicht nur über beeindruckende Kenntnisse zu den Theorieansätzen der verschiedenen wissenschaftlichen Schulen, sondern auch über ein profundes Wissen um die Fährnisse des wirtschaftlichen Alltags in den Transformationsländern. Zudem erweist er sich angesichts des wirtschaftlichen Problemdrucks und trotz seiner anti-sozialstaatlichen Orientierung als entschiedener Verteidiger demokratischer Institutionen – »wenn es zu einem Konflikt zwischen Effizienz und dem Ziel der Demokratie kommt, bin ich sicher, daß die Verteidigung der demokratischen Institutionen die wichtigste Aufgabe ist« (S. 96).

Gerade weil von Kornai daher eigentlich einige Weitsicht bei der Behandlung des Transformationsprozesses in Mittel- und Osteuropa erwartet werden durfte, verwundert jedoch die offensichtliche Borniertheit, mit der er sich an dem von ihm absolut gesetzten Gegensatz »Kommunismus oder Kapitalismus« festklammert – »es stimmt, daß alle Wege zum Kapitalismus führen...« (S. 10); alle Ideen des »Marktsozialismus« sind »zum Scheitern verurteilt« (S. 21); in China kann es deshalb auch nur um den desperaten Versuch der Errichtung des »Kapitalismus« unter der Führung einer kommunistischen Partei gehen (vgl. S. 28, vor

allem Fußnote 8). Trotz mancher, im Vergleich zu vorangegangenen Publikationen merklich entradikalisierter Wendungen bleibt Kornai ein Apologet von Wachstum und Kapitalismus, der selbst angesichts der in dieser Gesellschaftsform aufgestauten Problemlagen ohne jede weiterreichende Vision ist. Der auf die Illusion eines stetigen Wirtschaftswachstums gegründete Wohlstandskapitalismus der entwickelten Industrienationen – der freilich im Zeitalter weltwirtschaftlicher Globalisierung selbst immer mehr unter Druck gerät – ist der Kornaische Maßstab für gelingende Transformation. Eine solche Position ist mit einiger Sicherheit nicht nur inkompatibel mit der Zukunft der Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa, sondern auch mit der der kapitalistischen Industrienationen selbst.

Abschließend bleiben noch der vorzügliche wissenschaftliche Apparat und die akribischen Danksagungen zu würdigen, die für dieses Buch – wie auch für alle anderen Schriften von János Kornai – charakteristisch sind.

ARNDT HOPFMANN

Ulla Plener:

Helmut Schinkel.

Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biografie eines Reformpädagogen (1902-1946), trafo-Verlag Dr. Weist Berlin 1996, ISBN 3-89626-030-8, 272 S.

Gemessen am gewünschten bzw. vielfach auch gefürchteten Einfluß der Arbeiterbewegung im letzten Drittel des vergangenen bzw. – hier – der kommunistischen Bewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind Biographien jener rar, die sich in dieser Bewegung mit äußerster Hingabe engagiert haben, ihr im Alltag Kraft, Originalität und Farbe gaben. Helmut Schinkel und sein Schicksal, in dem sich soviel Typisches an leidenschaftlicher, eigenwillig-kreativer, ursprünglich romantischer Weltveränderungsabsicht mit tragischem Scheitern innerhalb der eigenen Reihen verbindet, dürften, wie die Autorin

selbst anmerkt, kaum jemandem bekannt sein.

Der individuellen »Ästhetik des Widerstandes« gegen eine turbulente Gesellschaft nachzugehen, die den Ersten, später den Zweiten Weltkrieg hervorbrachte, die revolutions- und krisengeschüttelt eine enorme gesellschaftliche Polarisierung bewirkte und nicht zu handhaben vermochte, ist ohne Zweifel reizvoll und wissenswert. Das gilt nicht nur der selbstgewählten aufopferungsbereiten Lebensgestaltung Helmut Schinkels, sondern auch seinem Wirken: den reformpädagogischen Ansätzen gegen eine zunächst autoritäre militante Erziehungspraxis des Kadavergehorsams, dann im Klima einer allgemein experimentierfreudigeren Pädagogik der Weimarer Republik.

Im Verlauf der zwanziger Jahre verband sich Helmut Schinkels pädagogische Tätigkeit zunehmend – zum Teil aus erklärter Einsicht, zum Teil reglementierend erzwungen – mit pädagogischen Grundsätzen kommunistischer Klassenkampf-Erziehung. 1919, als Präparand des Kyritzer Lehrerseminars, kam er über Max Herms mit der frühkommunistischen Bewegung in Berührung, trat 1920 in den kommunistischen Jugendverband ein. Seinen eigenen Begabungen und Neigungen entsprechend, gilt ihm offenbar der Sozialisationsgedanke der Reformpädagogik als Ausgangspunkt eigener pädagogischer Praxis: Förderung des Gemeinschaftssinnes – später klassenkämpferisch orientierten Gemeinsinnes; damit eng verknüpft die Betonung gestalteter außerunterrichtlicher Erziehungs- und Bildungstätigkeit. Eigenart von Helmut Schinkel ist im besonderen Maße die Freizeitgestaltung, die er nicht schlechthin administrierend fördert, sondern in die er, sich selbst entfaltend und andere anregend, mit Musik, eigenen Liedern und Texten, mit Modellbau und anderen Fertigkeiten aktiv eingreift.

Daß Schinkels – wie die anderer – immer wieder hervorbrechende schöpferische Entfaltung innerhalb der kommunistischen Bewegung gestört, eingedämmt und zuletzt sinnloserweise zerbrochen wurde, zeigt nicht nur das Dilemma von machtwilliger Organisation, die den Menschen lediglich als »Masse« verstand und mißbrauchte, und dem isoliert ohnmächtigen Individuum, das sich binden wollte, um mit Erfolg gesellschaftliche

Zustände zu ändern. Der als notwendig gesehene Unterordnungswillen, den auch Helmut Schinkel besaß, ist die Kehrseite dieses Verhältnisses, das allzooft auch von persönlicher Not und Peinlichkeit geprägt ist. Umstände, die heute durchaus aktuell erscheinen. – Zumal es ihm zuletzt indes nicht nur wenig nutzte, sondern schließlich trotzdem wie so vielen anderen das Leben kostete. Die von Moskau »disziplinierte« kommunistische Bewegung fraß ihre besten Kinder im Mutterland.

Helmut Schinkel, am 14. Oktober 1902 im damaligen Kosten (heute Koscia/Polen) geboren, wuchs als Sohn eines Lokführers in Brandenburg auf. Schon in der Schule fiel er durch seine vielseitige Begabung sowohl in wissenschaftlichen wie musischen Fächern auf. Als Arbeiterkind konnten sich ehrgeizigere Lebenspläne wohl am besten entfalten, wenn man den Berufswunsch Lehrer verfolgte. Volksschullehrer wurden gebraucht. Diesen Weg ging er denn auch und blieb leidenschaftlich Lehrer bis zu seinem Lebensende, zuletzt 1932 bis 1934 als Leiter der bekannten deutschsprachigen Karl-Liebknecht-Schule in Moskau.

Ulla Plener legt mit diesem, in der Reihe Biographien europäischer Antifaschisten des trafo-verlages erschienenen Büchlein vornehmlich einen Dokumentenband vor. In lockerer Weise verbindet sie die aufgefundenen Dokumente und mündlichen Quellen zum Lebensablauf Helmut Schinkels. Die eine oder andere, Biographie und Zeitgeschichte verknüpfende Wertung verdeutlicht ihr Anliegen, den Idealismus frühkommunistischen »Fußvolkes« den Wirkungsmechanismen der von Moskau bestimmten, »bolschewisierten« Thälmannschen KPD entgegenzusetzen. So anerkennenswert das Anliegen erscheint, so wenig überzeugend gelingt die historiographische Argumentation. Oft konjunktivisch unsicher angebracht, bleibt sie auf einer eher klischeehaften, zuweilen stereotyp wiederholten Ebene stecken. Das mehrfach auftauchende Zitat über kommunistisches Sendungsbewußtsein mittels proletarischer Revolution als Welterlösungs-«Mythos» (S. 11, 12, 25), mit dem sie Thomas Mann bemüht, wirkt nur hilflos. Es legt ein höchst unklares Verhältnis zur Beurteilung der kommunistischen Bewegung zugrunde: Einerseits

die (Mannsche?) Ablehnung des Kommunismus (als verschämte Reminiszenz an das heutige geistige Klima?); andererseits die nahezu verübte Anerkennung idealisierten »früh«-kommunistischen Wirkens.

Dasselbe gilt für die unreflektierte Übernahme des KPD-Jargons als Wertungskriterium. Was ist ein »Thälmann-Mann« bzw. das Gegenteil davon? Versuchte Helmut Schinkel nicht eben doch ein disziplinierter KPD-Mann zu sein, auch wenn er – als Funktionär – in der KPD-Hierarchie für »zu rechts« (S. 30, 76, 80) gehalten wurde?

Die exaktere Einordnung des pädagogischen Schaffens Helmut Schinkels sowohl in die Reformpädagogik wie auch in eine originär »kommunistische Pädagogik« wäre auch noch zu leisten. Die Entgegensetzung von Auffassungen Edwin Hoernles zu denen Helmut Schinkels (S. 23) überzeugt nicht. – Die Dokumente selbst, die von einer ausgedehnten Recherche, nicht zuletzt in Archiven Moskaus, zeugen, scheinen in ihrem Ausdruckswert zum Teil recht wahllos bzw. nur quasi Aufgefundenes rein chronologisch wiedergegeben.

Mit diesem Büchlein existiert eine interessante dokumentenreiche Grundlage für weitere Forschungen.

THOMAS SCHÜLER

Hanna Behrend (Hrsg.):
Die Abwicklung der DDR.
Wende und deutsche Vereinigung
von innen gesehen,
Neuer ISP Verlag Köln 1996, 288 S.

In dem Buch werden per Innenansicht Wende und deutsche Vereinigung analysiert. Das eigene Versagen ist dabei nie ausgespart, denn es handelt sich bei den AutorInnen ausschließlich um DDR-WissenschaftlerInnen verschiedener Generationen, für die der Herbst 1989 ein Schlüsselerlebnis war.

Die Herausgeberin läßt im ersten Kapitel die »ruhmlose deutsche Vereinigung« noch einmal Revue passieren. Wäre in Bonn statt überzogener Borniertheit nur ein Minimum an

sachlicher Nüchternheit vorhanden gewesen, hätten die demokratischen Strukturen der Bundesrepublik mit den emanzipatorischen Ansätzen und Strukturen der DDR in diversen Bereichen verbunden werden können, so zum Beispiel in der Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Bildungspolitik. Für den Prozeß des europäischen Zusammenschlusses hätte dies eine Signalwirkung von beträchtlichem Wert gehabt. Statt dessen wurden vom Sieger andere Botschaften ausgesandt. Es war Klaus Kinkel, damals Justizminister, der dazu aufrief, die DDR zu delegitimieren.

Die Herausgeberin erinnert daran, daß der »NS Staat« im Unterschied zur DDR niemals prinzipiell als ein »Unrechtsstaat« betrachtet wurde. Mit der Art und Weise, wie der Vereinigungsprozeß vollzogen wurde, hat das politische Establishment des siegreichen Staates zukünftiges Nachdenken über gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus zu blockieren versucht.

Harry Nick und Klaus Steinitz bilanzieren im dritten Kapitel die Übernahme der DDR-Wirtschaft durch die Bundesrepublik Deutschland und weisen nach, daß die Treuhandgesellschaft von Anfang an darauf bedacht war, alles zu zerstören, was in vierzig Jahren an industriellem Potential geschaffen worden war. Natürlich bestreiten die Autoren dieses Abschnitts nicht, daß es viele Industriebetriebe, Kombinate und Unternehmen gab, die hinter dem technischen Standard westlicher Länder hinterherhinkten. Die DDR gehörte zwar nicht, wie in der eigenen Propaganda immer wieder postuliert, zu den zehn führenden Industrieländern der Welt. Aber sie war ein entwickelter Industriestaat. Heute ist das Gebiet eine Industrieruine. Die noch verbliebenen Reste werden fortlaufend demontiert. Jüngstes Beispiel war die Maschinenbaufirma SKET in Magdeburg. Steinitz und Nick kommen zu dem Schluß: Aus dieser Politik erwachsen schwerwiegende und langfristige Schäden für die gesamte Bundesrepublik.

Im vierten Kapitel geht Christel Panzig der Wende auf dem Lande nach. Dort arbeiteten bis 1989 etwas weniger als eine Million Beschäftigte, mithin etwa jede/r neunte Berufstätige der DDR, davon circa ein Drittel Frauen. 92 Prozent von diesen verfügten über

eine abgeschlossene berufliche Ausbildung; 30.000 hatten eine Hoch- oder Fachschule absolviert. Die Auflösung gewachsener landwirtschaftlicher Strukturen hat eine Arbeitslosenquote geschaffen, die in nicht wenigen Dörfern die 50 Prozent-Marke erreicht und manchmal sogar überschreitet.

Der Prozeß der Zergliederung landwirtschaftlicher Großbetriebe ist noch nicht beendet. Sogenannte Wiedereinrichter, d.h. neu entstandene Familienbetriebe erhalten Fördermittel. Die aus den LPG entstandenen Agrargenossenschaften können mit derlei Fürsorge nicht rechnen. Wenn sie sich gegenüber den westdeutschen Landwirtschaftsbetrieben dennoch mit Erfolg behaupten und ihnen in der Arbeitsproduktivität deutlich überlegen sind, ist das für die Autorin Beleg dafür, »daß der Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft, privatwirtschaftlich organisiert – ohne staatliche Treuhandeingriffe – nicht zwangsläufig zum Bankrott führen muß« (S. 171).

Anneliese Braun, Gerda Jasper und Ursula Schröter untersuchen in Kapitel V den Rollback bei der Gleichstellung der Geschlechter und schlußfolgern: Männer verdrängen Frauen, Akademikerinnen Facharbeiterinnen, kinderlose Frauen verdrängen Mütter, junge verdrängen ältere Frauen. Von den einst 4,7 Millionen erwerbstätigen Frauen gehen heute nur noch etwas mehr als die Hälfte einer Erwerbstätigkeit nach. Ihre Bereitschaft, sich auf Kinder und Küche zu beschränken, ist wenig ausgeprägt. So ist auch die Geburtenrate im Anschlußgebiet um zwei Drittel geschrumpft.

Über das Ende einer Wissenschafts- und Kulturlandschaft Europas schreibt Horst van der Meer im sechsten Kapitel. Er schildert die Evaluierung der DDR Wissenschaft durch westdeutsche Experten an einem exemplarischen Fall, dem Zentralinstitut für Elektronenphysik. In nur zwei Tagen im September 1990 wurden dort 650 MitarbeiterInnen überprüft. In der von Westdeutschen besetzten Evaluierungskommission waren indes für sechzig Prozent der Bereiche und Abteilungen keine kompetenten WissenschaftlerInnen vertreten. Von Anfang an war alles darauf angelegt, am ZIE ein Exempel für eine rücksichtslose Ausdünnung der gewachsenen ostberliner Forschungslandschaft zu statuieren.

Manfred Behrend befaßt sich im zweiten Kapitel mit den ostdeutschen Parteien und Bewegungen vor und nach der Wende von 1989. Im siebten Kapitel geht er dem Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor und nach dem Anschluß an die BRD nach. Seine für einen ehemaligen DDR-Bürger nicht eben heiter stimmende Erkenntnis ist, daß sich in der DDR seit den sechziger Jahren alle wesentlichen Spielarten des Rechtsextremismus herauszubilden begannen. Die staatlichen Organe waren von diesem Prozeß keineswegs überrascht und reagierten doppelbödig. Einerseits wurde er gegenüber der eigenen Öffentlichkeit verharmlost, verschwiegen und wenn es gar nicht anders ging, der Westen dafür verantwortlich gemacht. Andererseits bediente man sich der Rechtsextremen zur Disziplinierung der aufmüpfigen, für eine andere, demokratische DDR Engagierten.

Manfred Behrend resümiert: »Seit Hitler scheinen in Deutschland Rechtsextreme prädestiniert zu sein, ohnmächtige Wut der Massen in Formen des Protestes zu gießen, die den Herrschenden nutzen, der überwiegenden Mehrheit aber schwersten, vielleicht tödlichen Schaden bringen« (S. 279).

In diesem Buch wird nicht Nostalgie betrieben, schon gar nicht einer »Ostalgie« das Wort geredet. Wer sich mit der Abwicklung der DDR befassen und sich von deren Dimension ein Bild machen will, wird auf den rund 280 Seiten dieses Buches fündig werden.

ALFRED FLEISCHHACKER

Siegfried Prokop (Hrsg.):
Ein Streiter für Deutschland.
Das Wolfgang-Harich-Gedenk-
Kolloquium am 21. März 1996 im
Ribbeck-Haus zu Berlin.
edition ost Berlin 1996,
256 S. (14,80 DM)

Dokumentiert wird ein Kolloquium, bei dem sich ein Jahr nach dem Tode Wolfgang Harichs (1923-1995) dreizehn Referenten und

diverse Diskussionsredner, unter ihnen Hans Modrow und Egon Krenz, mit Leben und Werk des bemerkenswerten Mannes befaßten. Auffallend ist, so wurde festgestellt, zunächst Harichs Vielseitigkeit. Er war – oft zur selben Zeit – als Journalist und Verlagslektor, Philosoph, Literaturwissenschaftler, Ökologe und Politiker tätig und leistete dabei, wie das Kolloquium ergab, häufig Außerordentliches. Zu seinen Arbeitsergebnissen zählten Rezensionen und bissige Theaterkritiken, die Dissertation über Herder, hervorragend besuchte Vorlesungen an der Humboldt-Universität zur Geschichte der klassischen deutschen Philosophie, die Herausgabe von Schriften Herders, Heines, Feuerbachs und Lukács', Arbeiten über »Jean Pauls Revolutionsdichtung«, eine Abrechnung mit alten und neuen Anarchisten, ein Buch »Kommunismus ohne Wachstum?« zur Ökologieproblematik, die Streitschriften »Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit« sowie »Nietzsche und seine Brüder« und das bisher unveröffentlichte Werk über den Ontologen Nicolai Hartmann, seinen einstigen Lehrer. Manch große und viele kleinere Publikationen sind auch politisch brisant. Vor allem trifft das jedoch auf die Plattform von 1956 für Entstalinisierung und Demokratisierung der SED und DDR zu, die lange unter Ulbrichts Akten lagerte und erst 1993 veröffentlicht werden konnte, desgleichen auf die 1956er außenpolitische Denkschrift an sowjetische Dienststellen, die Prokop demnächst in einem weiteren Buch über Harich publizieren wird.

Das zweite, das an dem Marxisten Wolfgang Harich auffällt, ist sein ungeheures Engagement für gesellschaftlichen Fortschritt und gegen Unterdrückung, um dessentwillen er überall »aneckte«. Unerlaubte Entfernung von Hitlers Truppe brachte ihm 1943 die erste Inhaftierung ein. Ein Jahr später desertierte er und kämpfte illegal gegen den Faschismus. Seine Anstellung beim Berliner »Tagesspiegel« 1945 scheiterte am Veto der amerikanischen Militärbehörde. Der französisch lizenzierte »Kurier« nahm ihn in die Redaktion auf. Doch quittierte 1946 nunmehr Harich den Dienst, weil seine Polemik gegen Wilhelm Röppkes damaliges Plädoyer für den deutschen Westanschluß unterdrückt wurde. Die sich anschließende, gleichzeitig mit dem

Universitätsstudium geleistete Arbeit bei der sowjetisch lizenzierten »Täglichen Rundschau« verlief beiderseits zufriedenstellend, desgleichen die Tätigkeit beim Aufbau-Verlag und die Vorträge vor Studenten. Hingegen stieß Harich 1951/53 erstmals mit dem SED-Apparat zusammen und fing sich eine strenge Rüge dafür ein, trotz vorangegangenen Verdammungsurteil J. W. Stalins gegen den deutschen Idealismus Hegels Dialektik als progressiv verteidigt zu haben. 1954/56 folgte eine ähnlich geartete, aber in der von ihm redigierten »Deutschen Zeitschrift für Philosophie« ausgetragene Fehde mit Leipzigs Erzstalinisten Rugarud Otto Gropp, danach die schwerwiegende, für Harich lebensbedrohliche Auseinandersetzung mit Walter Ulbricht, der zwecks Erhaltung seiner und der Apparatmacht keine Demokratisierung dulden mochte und schon gar nicht die eigene Ablösung zuließ.

Gesondert möchte ich auf drei im Anhang des Buches wiedergegebene Papiere verweisen. Erstens auf die am 26. 1. 1957 von Ulbricht den ZK-Mitgliedern zugeleitete Information »Die konterrevolutionäre Gruppe Harich und Andere«. In ihr wurden die gerichtliche Verurteilung der Gruppe sowie die falschen Urteilsgründe vorweggenommen, die auf gegenrevolutionären »Staatsverrat und Verstoß gegen die Verfassung« hinausliefen. Zweitens und drittens verdienen die Bewertung der 1956er Harich-Plattform durch Thomas Fetzer und der von Norbert Braune angestellte Vergleich zwischen ihr und dem Manifest Herrmann von Bergs 1978 unsere Aufmerksamkeit. Zutreffend und in richtiger Proportion gibt Fetzer Hauptforderungen der Plattform wieder. En passant verfällt er aber in Beckmesserei, so mit der Feststellung, »Kriterien für den Tatbestand »Untergrabung der staatlichen Ordnung«, der weiter geahndet werden sollte, sei Harich schuldig geblieben. (S. 189) Die fieberhafte Hast, in der dieser die Plattform ausarbeiten mußte, ließ m. E. keine Zeit für solche Feinheiten; auch waren sie der Sache nach nicht nötig. Kritikwürdig erscheint mir desgleichen Fetzers Anmerkung zum Konzept eines neutralen Deutschland, das demokratisch-sozialistische Wege gehen sollte: »Harich verkannte..., daß sein Konzept auch

der Billigung durch die Besatzungsmächte bedurfte.« (S. 199) Die Realisierung des Konzepts war äußerst unwahrscheinlich. Zugleich wäre indes die dazu notwendige Kraft so enorm gewesen, daß die Großmächte sich mit der Umwälzung hätten abfinden müssen – genau wie das in anderer Situation mit der genau entgegengesetzten Form deutscher Einheit à la Kohl geschah.

Der Vergleich zwischen Harichs Plattform und Bergs vom »Spiegel« abgedrucktem Manifest offenbart, daß Erstgenannte auf sozialistische Lösungen gerichtet war, Letztgenanntes trotz z.T. gegenteiliger Beteuerungen aber nicht. Auch deshalb ist offenbar von Berg in der DDR weniger passiert als Harich, rätselte die Stasi sogar herum, ob er möglicherweise gar »nicht strafrechtlich verantwortlich« sei. (S. 176) Während Harich acht Jahre im Zuchthaus Bautzen saß, konnte Berg seine Thesen ungehindert vor Historikern der Humboldt-Universität propagieren und wurde schließlich ausgebürgert, worauf er sich in Westdeutschland rechtskonservativen Kreisen anschloß. Seine Gruppe reetablierte sich nach 1989 an der Universität. Weshalb sie später dort trotz dicken Lobs von Helmut Kohl 1978 für ihre Leistungen wieder vertrieben wurde, bleibt ungeachtet eines Deutungsversuchs von Braune unklar. Ausgerechnet der stramm konservative Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU) soll mit hinter der Austreibungsaktion gestanden haben. (S. 179)

Harich wurde an der Humboldt-Universität zwar rehabilitiert, durfte aber keine Vorlesungen mehr halten. Zudem erhielt der von Ulbricht Verfolgte BRD-Strafrente. Er machte sich bei den heute Herrschenden auf zweierlei Art unbeliebt. Generell durch Gründung und Aktivität der Alternativen Enquete-Kommission »Deutsche Zeitgeschichte«, die der auf DDR-Diffamierung ausgerichteten Eppelmann-Kommission des Bundestages entgegenwirkt. Speziell durch die Weigerung, in irgendeiner Form mit dem bundesdeutschen Regime zu kollaborieren und gegen einen seiner Richter von 1957 auszusagen.

Durch die Härte der vorangegangenen Verfolgungen und Kämpfe mitbedingt, hat Harich seine Thesen oft in überspitzter Form und eifernd vorgetragen. Er beharrte, wie auch dieses Buch erweist, teilweise starr auf

verfehlten Urteilen. Die 1975 erhobene Forderung nach einer Ökodiktatur hat er dem Referenten Hannes Hofbauer zufolge allerdings zurückgenommen. (S. 62)

Daß er, so Prokop, nach 1989/90 »klare Worte zur Geißelung der Politik der Herrschenden« fand, stimmt hundertprozentig. Unzutreffend ist aber die gleichzeitige Feststellung, allenfalls Günter Grass habe sich ähnlich verhalten. Vor allem in Ost- und teilweise auch in Westdeutschland sind jene, die dem Verein für deutliche Aussprache angehören, zum Glück noch nicht ausgestorben.

Im Anhang findet sich ein Interview von Peter Feist mit Harich. Es belegt, daß der allzeit streitbare Philosoph gegen Ende seines Lebens kurzzeitig einen Irrweg beschritt – den in die neue KPD. Er verließ ihn nach mancherlei Querelen und dem gescheiterten Versuch, klären zu lassen, ob die autoritär geführte Kleinstpartei tatsächlich Geld aus Nordkorea bekam. Aus Protest gegen den Feldzug der Herrschenden gegen die PDS ist Harich schließlich dieser beigetreten. Fraglos Recht hat er mit seiner Forderung, eine kommunistische (oder auch sozialistische) Partei müsse sich den »stalinistischen Dreck vom Halse« schaffen und funktionierende demokratische Strukturen aufweisen, wie sie bis zum 1921er Fraktionsverbot die Bolschewiki hatten. (S. 242f.)

MANFRED BEHREND

Wladimir Bukowski:
Moskowski prozess
(Der Moskauer Prozeß),
Russkaja mysl – Izdatel'stvo MIK
Paris – Moskwa 1996, 525 S.

Auf der Grundlage von über 3.000 Seiten der Originaldokumente aus dem nunmehrigen Präsidialarchiv der Russischen Föderation hat der Ende 1976 gegen Luis Corvalan ausgetauschte und in England lebende Wladimir Bukowski die historisch-politische Vorgeschichte des Gerichtsprozesses gegen die KPdSU (1992) beschrieben. Ungeachtet der

umfassend dokumentierten Historie, der zahlreichen vollständig oder auszugsweise wiedergegebenen Akten des Präsidiums der KPdSU, des KGB, des Außen- und des Innen- sowie des Verteidigungs- und des Gesundheitsministeriums, ist das Buch eine einseitige politische Streitschrift. Ihr Verfasser gibt sich allerdings auch nicht den Anstrich eines über den Parteien stehenden Wissenschaftlers, sondern er sagt unverblümt, daß er parteiisch urteilt. Als Egon Bahr, der mit Bukowski bald nach dessen Austausch gegen Corvalan sprach, diesen darauf hinwies, daß Bukowskis Haltung in letzter Konsequenz zu der Empfehlung führe, »zum Krieg bereit zu sein und ihn auch zu führen«, bejahte Bukowski, »ganz ruhig und sachlich«. (Egon Bahr: Zu meiner Zeit, S. 474)

Hier soll nicht Bukowskis durch und durch antikommunistische Konfession analysiert werden – auch nicht seine Darstellung von innen- und außenpolitischen Schlüsselentscheidungen der sowjetischen Führungsgremien, die den Originaldokumenten folgt (in deren Wiedergabe der Wert der Publikation besteht), obwohl hier zweifellos viele interessante Informationen geboten werden, so über die finanzielle und militärische Unterstützung kommunistischer Parteien durch die KPdSU nach dem Zweiten Weltkrieg, über die sowjetische Politik gegenüber Afghanistan, Polen, Ungarn; über Chruschtschow, Breschnew, Andropow, Tschernenko, Gorbatschow und die diese umgebenden Leute, über die Agonie des Systems sowie die »Nacht der Mardendeure«, die sich am Zerfall der UdSSR z.T. maßlos bereicherten. Hier sollen allein und ausschließlich die Teile der dokumentarischen Darstellung, die sich mit der »deutschen Frage« befassen, angezeigt werden.

Zu diesem Thema gibt es im Präsidialarchiv Rußlands Quellen. Geheimgespräche sind geführt, auf ihnen beruhende Aufträge protokolliert, jedoch nicht immer im Detail dokumentiert worden. Eine der Ausnahmen ist ein Bericht Juri Andropows vom 9. September 1969, in dem der damalige Vorsitzende des KGB über Geheimgespräche »einer Quelle des KGB« mit dem seinerzeitigen Direktor des Krupp-Konzerns, Graf Arnim von Zedtwitz informiert. Dessen (auf Gesprächen mit Bahr beruhende) Darstellung der Ansätze

einer »neuen Ostpolitik« in der SPD, über die »Notwendigkeit, zuverlässige und direkte Verbindungen mit Moskau« herzustellen, verband Andropow mit der Mitteilung, daß auch »die Führung der zweiten herrschenden Partei in Westdeutschland, die CDU, Schritte zur Herstellung inoffizieller Kontakte zur sowjetischen Seite unternommen und ihre Bereitschaft zur Gesprächsführung erklärt hat. Die CDU wollte und führt ein »umfassendes und für beide Seiten außerordentlich nützliches Gespräch«. Andropows Schlußfolgerung: »Die Analyse der zur Verfügung gestellten Materialien bezeugt, daß die beiden führenden und miteinander konkurrierenden Parteien befürchten, daß ihr jeweiliger politischer Gegner die Initiative ergreift und die Beziehungen zur UdSSR normalisiert. Sie sind bereit, inoffiziell und ohne Publizität zu verhandeln, um ihre jeweiligen Positionen in der Gesellschaft zu festigen und ihr Prestige zu mehren. Deshalb hält es das Komitee für Staatssicherheit für zweckmäßig, die inoffiziellen Kontakte mit den führenden Politikern beider Seiten fortzuführen.«

In diesem Zusammenhang verwies Andropow auch auf die Haltung »industrieller Kreise der BRD, die sich für eine Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR aussprechen«, und schlug vor, »die wirtschaftlichen Möglichkeiten der UdSSR stärker als bisher für die Förderung der außenpolitischen Absichten zu nutzen«.

Wie Bukowski mitteilt, haben alle an diesen Gesprächen beteiligten Seiten durchgesetzt, daß (bis auf einen einzigen verschleierte Hinweis in einer bundesdeutschen Zeitschrift auf diese Aufzeichnung) die Verhandlungen geheimgehalten worden sind. Angekündigte weitere Dokumente über diese Geheimdiplomatie lassen zusätzliche Aufschlüsse über Positionen von SPD und CDU erwarten. Beide Parteien äußerten im Verlauf der Gespräche ihre Absicht, im Unterschied zu CSU-Politikern, wie Strauß, nicht die »chinesische Karte« spielen zu wollen.

Im angezeigten Band dokumentiert Bukowski weiterhin u.a. solche »deutschen Angelegenheiten«, wie die »zeitweilige Überlassung von Dokumenten über die nazistische Vergangenheit des Kanzlers der BRD, Kiesinger«, die »die deutschen Freunde« erhielten, die

geheimen Absprachen zwischen der UdSSR und der BRD über den Aufenthalt von Dissidenten, wie Solschenizyn, in der BRD oder die Gewinnung eines Politikers wie Genscher für die »neue Ostpolitik«. Die im Zusammenhang mit den Beiträgen über Wolfgang Harich in dieser Zeitschrift ebenfalls berührte zwielfichtige Rolle des seinerzeitigen sowjetischen Diplomaten Michail Voslenskij wird durch neues dokumentarisches Material Bukowskis erhärtet. Viele Wertungen und zahlreiche Dokumente in diesem Buch, das sich als politisches Geschäft versteht, sind unappetitlich, manches ist pikant, mit kritischer Distanz aufgenommen auch lehrreich als Einblick in die Küche, in der »große Politik« von Kleingeistern angerichtet worden ist.

GERD KAISER

Kai Eicker-Wolf, Ralf Käpernick,
Torsten Nichoj, Sabine Reiner,
Jens Weiß (Hrsg.):
Wirtschaftspolitik im
theoretischen Vakuum?
Zur Pathologie der
Politischen Ökonomie,
Metropolis-Verlag Marburg 1996,
348 S. (44,00 DM)

Der gleichermaßen provokante wie anspruchsvolle Titel des Buches verrät bereits etwas über Herausgeber und Autoren: Sie verstehen sich als alternative Wirtschaftswissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland. Als solche üben sie nicht nur Kritik an der gegenwärtig praktizierten Wirtschaftspolitik. Sie fühlen sich auch dazu berufen, die der Politik zugrunde liegende neoliberale Wirtschaftstheorie zu attackieren und grundsätzlich in Frage zu stellen. Der dafür bemühte Ansatz ist in seiner Radikalität kaum mehr zu überbieten: Es wird davon ausgegangen, daß eine Wirtschaftspolitik, die allein auf dem theoretischen Konstrukt der Marktvermittlung basiert und »die sich nicht nur selbst reguliert, sondern auch stabilisiert und optimiert«, letztlich ihr eigenes Überflüssigsein

postuliert. Mithin, so schlußfolgern die Herausgeber, befände sich die Wirtschaftspolitik nicht nur »im theoretischen Vakuum, sondern konstituierte sich selbst als solches« (S. 9).

Die Wirtschaftstheorie hat den Anspruch, »aus der Erklärung von Mechanismen und Interessen heraus Orientierung für die Wirtschaftspolitik zu geben«. Bezogen auf die Mainstream-Ökonomie konstatieren die Herausgeber hier »ein geradezu pathologisches Defizit«. »Die heutige Politische Ökonomie liegt krank darnieder, und die Suche nach den Ursachen des Leidens ruft nach einer Pathologie der Politischen Ökonomie: Denn will die Politische Ökonomie als Wissenschaft sich über sich selbst aufklären, muß sie sich ihrer Bedingungen und Möglichkeiten bewußt werden, womit einer Pathologie der Ökonomie eine Pathologie der ökonomischen Wissenschaft vorangehen muß; eine Begutachtung der Brauchbarkeit traditioneller Rezepte gehört dazu« (S. 10). Aber diese »Pathologie der ökonomischen Wissenschaft« liefern die Autoren mit den nachfolgenden Beiträgen dann doch nicht.

Im ersten Teil wird zwar versucht, diesen Anspruch partiell einzulösen. Letztlich sind es aber nur Teilaspekte des großen Themas, die hier von namhaften Autoren behandelt werden. Die im zweiten und dritten Teil versammelten Texte beschränken sich weitestgehend auf eine nicht-neoklassische Behandlung der Themenkreise Weltmarkt und Ökologie. Dies nimmt sich insofern etwas eigenartig aus, da der erste Teil sich kritisch mit dem Keynesianismus auseinandersetzt, die nachfolgenden Abschnitte aber gerade im keynesianischen Geist geschrieben sind.

Im ersten Aufsatz zeigt Herbert Walther am Beispiel des Keynesianismus, welche außerwissenschaftlichen Kriterien dazu beitragen, daß eine Theorie politisch Geltung erlangt und für die Wirtschaftspolitik bestimmend wird. Im zweiten Text kritisiert Gerhard Maier-Rigaud die makroökonomischen Vorstellungen der Gegenwart aus der Sicht des Jahres 2036, also 100 Jahre nach der Veröffentlichung des Hauptwerkes von J. M. Keynes. Durchaus originell benutzt der Autor die gewählte Vogelperspektive der Zeitverschiebung, um mit dem gegenwärtigen Wissenschaftsstand und -betrieb abzurechnen.

»Wenn man unterstellt, daß die Wirtschaftspolitik in bezug auf ihre großen Linien der herrschenden Lehre folgen muß, dann ist der beklagenswerte Zustand der Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nichts weiter als Reflex des gleichfalls beklagenswerten Zustandes der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin« (S. 52). Aber auch die alternativen Ökonomen werden nicht geschont, indem die Ursache für ihre theoretische und wirtschaftspolitische Bedeutungslosigkeit in ihrem introvertierten Herangehen an die Theorie und in ihrer mangelnden Kritikbereitschaft gesehen wird. »Statt die herrschende Lehre implizit analytisch herauszufordern, sie Stück für Stück zu demontieren und ihre im Kern bloß mikroökonomische Fundierung aufzudecken, beschäftigte man sich vorwiegend mit den eigenen Vorstellungen. Insofern war das Muster nicht unähnlich dem, das in der etablierten Ökonomie herrschte« (S. 56). Der zweite Teil des vorliegenden Buches könnte hierfür als Beleg stehen!

Hervorzuheben sind die Aufsätze von Peter Kalmbach und Jan Priewe. Kalmbach setzt sich mit der Beschäftigungssituation und der neoliberalen Interpretation der Arbeitslosigkeit auseinander. Er diskutiert die gegenwärtig hauptsächlich anzutreffenden und täglich in den Medien allorts präsenten Einwände gegen eine Beschäftigungspolitik. Er gelangt zu dem Ergebnis, daß kein Grund zu Pessimismus bestehe. Vielmehr gäbe es durchaus Möglichkeiten, über eine konzertierte Aktion auf nationalstaatlicher Ebene sowie durch internationale Koordination beschäftigungspolitische Erfolge zu erzielen. Daß dies nicht geschieht, bedeutet nicht, daß es nicht möglich wäre. Vielmehr fehlt es an politischem Willen. Daß Arbeitslosigkeit »zu etwas geworden ist, womit die Mehrheit gut leben kann und deren Reduktion deshalb nicht absolute Priorität hat, scheint offensichtlich« (S. 114). Priewe setzt diese Überlegungen fort, indem er die Möglichkeiten und Grenzen keynesianischer Geld- und Fiskalpolitik unter den Bedingungen bestehender Massenarbeitslosigkeit diskutiert. Auch er setzt sich mit gängigen Einwänden auseinander und zeigt, daß eine keynesianische Geld- und Fiskalpolitik »unter bestimmten realistischen bzw. herstellbaren Bedingungen« durchaus einen

»begrenzten, aber wichtigen Stellenwert für die Beschäftigungspolitik« (S. 121) hat.

In dem sich daran anschließenden Beitrag definiert Hajo Riese die hohe Arbeitslosigkeit als »ein deutliches Indiz für das theoretische Vakuum, das zwischen ökonomischer Theorie und Theorie der Wirtschaftspolitik herrscht« (S. 171). Das zunehmende Auseinanderdriften von ökonomischer Realität einerseits und ökonomischer Theorie andererseits wird nirgends so deutlich wie in der Beschäftigungssituation. Allzusehr kontrastiert der Tatbestand anhaltender Massenarbeitslosigkeit mit dem Theorem der Vollbeschäftigung. Die gegenwärtige Krise begreift Riese vor allem als Resultat der von der Bundesbank praktizierten Geldpolitik. Ausführlich entwickelt er seine auch schon andernorts entwickelte Position, daß die antiinflationäre Stabilitätspolitik zwar den Geldwert sichere, sich dadurch aber zugleich Arbeitslosigkeit und Depression einhandle. Die Bundesbank reite so »die Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland (und mit ihr die Europas) nur immer tiefer in die Depression« (S. 203). Ebenso wie sich die Vollbeschäftigungspolitik als »ein historischer Irrtum erwiesen hat, wird sich die Stabilisierungspolitik als ein historischer Irrtum erweisen« (S. 199).

Der zweite Teil des Buches ist Problemen des Weltmarktes, der Globalisierung und der Außenwirtschaft gewidmet. Die Autoren setzen sich, vornehmlich von keynesianischen Positionen her, mit bestimmten Thesen und Argumenten auseinander. So mit der Globalisierungsthese, die den Weltmarkt zum Fetisch hochstilisiert, und mit der Entkoppelungsthese von monetärer und realer Akkumulation.

Im dritten Teil finden sich drei Beiträge zur Umweltpolitik. Sie ergänzen den Band um einige wichtige Fragen moderner Ökonomie und unterstreichen sehr deutlich die Forderung nach einer Politisierung der ökonomischen Theorie. Mit der Einbeziehung der Umweltproblematik tritt die existentielle wirtschaftspolitische Frage der Regulierung auf den Plan. Hier zeigen die Autoren, daß zwischen der Notwendigkeit einer solchen und den Möglichkeiten, diese tatsächlich zu meistern, Defizite bestehen, die im Sinne des Themas des Buches zu interpretieren sind.

ULRICH BUSCH

Johannes Klotz (Hrsg.):
 Zwangsvereinigung?
 Zur Debatte über den
 Zusammenschluß
 von SPD und KPD 1946
 in Ostdeutschland,
 Distel Verlag Heilbronn 1996,
 ISBN 3-929348-15-2
 128 S. (20,00 DM)

Von vielen anderen Veröffentlichungen, die zum 50. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erschienen, unterscheidet sich dieses Buch dadurch, daß es differenzierte, ja entgegengesetzte Standpunkte und Wertungen der Vorgänge von 1945/46 enthält. Schon deshalb ist es lesenswert. Doch kann man an einer Einschränkung nicht vorbeigehen. Leider begnügen sich diejenigen, die sich zum Begriff der »Zwangsvereinigung« bekennen, lediglich mit Behauptungen, verzichten selbst auf logisch aufgebaute Argumentationslinien oder überzeugend dargelegte Fakten. Eine Polemik mit ihnen, von einer Zustimmung, schon einer teilweisen ganz abgesehen, ist schon deshalb in dieser Rezension nicht möglich.

Dagegen halte ich das Herangehen anderer Autoren, die den Begriff der »Zwangsvereinigung« ablehnen, aber in unterschiedlicher Weise, gestützt auf angeführte zeitgeschichtliche Quellen, negative Umstände im Vereinigungsprozeß und vor allem in dessen Langzeitwirkung nicht ausklammern, für eine inhaltliche Bereicherung der heute noch immer so umstrittenen Thematik. Insbesondere hervorzuheben sind nach meiner Auffassung die wissenschaftlich recht seriösen Beiträge von Günter Benser, Johannes Klotz und Wolfgang Triebel.

Der Band enthält viele, vor allem auch quellenmäßig überzeugende, Belege, daß die Bestrebungen nach Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung und einem organisatorischen Zusammenschluß von SPD und KPD primär ein deutsches, dabei ein gesamtdeutsches Unternehmen waren. Es war unmittelbar nach dem Mai 1945 besonders ausgeprägt, ebte dann im Spätsommer und Herbst etwas ab, wurde aber im Winter 1945/46 wieder

stärker. Führende sozialdemokratische Funktionäre rückten, wie der Band quellenmäßig belegt, nie von der Idee einer sozialistischen Einheitspartei ab. Dagegen verstärkte sich die Diskussion über aktuelle und perspektivische Ziele, wie Inhalte des inneren Aufbaus der Partei. Sozialdemokraten und Kommunisten versuchten, bei aller Kritik an auch eigenen Versäumnissen, so viel wie möglich aus ihren Traditionen in die SED einzubringen.

Beide Berliner Parteiführungen strebten eine gesamtdeutsche Einigung an, die auf Reichsparteitagen bestätigt werden sollte. Ihre Einberufung wurde bekanntlich verhindert. Bisher fehlt noch eine exakte Analyse, warum die Einberufung eines Reichsparteitages der SPD bis ins Frühjahr 1946 abgelehnt wurde, dann aber drei Wochen nach der SED-Gründung ein Parteitag von Delegierten aus den drei westlichen Zonen und aus Berlin stattfand. Er wählte in Hannover einen Parteivorstand mit Kurt Schumacher als Vorsitzenden.

In dem Band wird auf die unterschiedliche Haltung der Besatzungsmächte verwiesen. Sie hatte in Ausübung ihrer »obersten Gewalt« maßgeblichen Einfluß auf alles, was in Deutschland geschah. Die Mehrzahl der Autoren hat sich jedoch mit überzeugender Begründung davor bewahrt, die Rolle der Besatzungsmächte überzubewerten. Die Gründung der SED oder ihre Verhinderung blieb ein »deutsches Projekt«. Man sollte Triebels Feststellung zustimmen, »Schumacher bediente sich im Kampf gegen die Einheitspartei der Unterstützung der westlichen Siegermächte, so wie in der sowjetischen Zone die SMAD die KPD bei ihren forcierten Bestrebungen zur Gründung der SED unterstützte. Wer daraus eine 1946 erfolgte Zwangsvereinigung ableitet, sollte nicht übersehen, daß in den Westzonen die Vereinigung mit Zwang verhindert wurde.« (S 86) In die historische Bewertung der Vorgänge von 1945/46 wird in dem Band auch die weitere Entwicklung einbezogen. Das ist zu begrüßen. Dabei überwiegt die Auffassung, daß sie für die DDR nicht durch die Gründungsdokumente der SED, weder die Grundsätze und Ziele, noch das Statut, vorprogrammiert war. Auch für die Entwicklung der BRD, wie die Haltung der SPD,

war nicht der Parteitag von 1946 in Hannover und die von ihm beschlossene Kundgebung mit ihren politischen und ökonomischen Forderungen, darunter ihren prononciert sozialistischen, maßgebend.

Dennoch beeinflussten beide Parteitage und schon die Weichen, die mit ihnen gestellt wurden, die spätere Entwicklung in Deutschland. Das aber findet auch in diesem Band nicht die genügende Berücksichtigung, wobei keiner der beiden Parteitage für sich genommen, d.h., ohne die gesamtdeutschen Bezüge bewertet werden dürfte.

Die Alternative zu der de facto eingetretenen Entwicklung wäre die Überwindung der tiefgreifenden Spaltung im gesamtdeutschen Rahmen gewesen. (Unabhängig davon, ob im Zuge einer schnellen organisatorischen Vereinigung oder über ein Aktionsbündnis, das Bruderkampf ausschließen würde, wie es auch die Mehrheit der an der Urabstimmung in Berlin beteiligten Sozialdemokraten wollte.) Zumindest sollte man dies als Problemstellung aufwerfen, wenn auch einschlässige Antwort heute niemand geben kann.

In den Auseinandersetzungen 1945/46 ging es, wie im Buch nachgewiesen, vordergründig darum, wie eine konsequente antifaschistische und demokratische Entwicklung erreicht werden könnte, wie der noch immer verbreitete Einfluß konservativer und auch durch die nazistische Politik und Demagogie oder

Rechtfertigungsversuche ihrer Wegbegleiter in der Weimarer Zeit und bei der Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien belasteter Politiker zurückgedrängt werden konnte. Die inhaltlichen Vorstellungen der Sozialdemokraten und Kommunisten wiesen hier recht viele Gemeinsamkeiten auf, sie überwogen die bestehenden und mitunter auch wieder zunehmenden Vorbehalte. Sachlich geführte gemeinsame Diskussionen über die Geschichte sind schon begrüßenswert. Sie sollten aber auch über aktuelle und perspektivische Probleme keine Ausnahmeerscheinung sein.

Unbedingt zu berücksichtigen ist es dabei, daß sich die heutige Situation gravierend von der vor einem halben Jahrhundert unterscheidet.

Bemerkenswert ist die Feststellung von Johannes Klotz: »Der (heutige) aktuellpolitische Maßstab geht von den Vorstellungen von Demokratie aus, die sich in der Bundesrepublik als die herrschenden herausgebildet haben. Im Unterschied zur damaligen Generation der Antifaschisten hat dabei der politische und soziale Inhalt kaum noch Bedeutung. Demokratie wird im wesentlichen reduziert auf eine Verfahrensfrage.« (S. 98) Der rasant vor sich gehende Sozialabbau wirft aber erneut auch andere Fragestellungen auf.

STEFAN DOERNBERG